



Geschäftsführung Wirtschaftsausschuss

Herr Müller

Telefon: (0221) 221-23717

Fax: (0221) 221-26686

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 22.05.2015

Niederschrift

über die **6. Sitzung des Wirtschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 23.04.2015, 17:01 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE	
Herr Malik Karaman	SPD	
Herr Andreas Pöttgen	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Florian Braun	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	in Vertretung für Herrn Dr. Strahl
Herr Dr. Martin Schoser	CDU	
Frau Ira Sommer	CDU	
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE	in Vertretung für Frau Pakulat
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Herr Berndt Petri	DIE LINKE	
Frau Claudia Klein	FDP	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov

Beratende Mitglieder

Frau Claudia Mewaldt	KLuST e.V.
Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Sterzl	auf Vorschlag der SPD
Frau Claudia Heithorst	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Tewes	auf Vorschlag der CDU
Herr Wolfgang Jehle	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dr. Gerhard Kock	auf Vorschlag der Grünen

Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Wolfgang Lindweiler	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Thorsten Rensing	auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Schriftführer

Herr Michael Müller

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Herr Sven Tritschler	AfD
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Hermann Jutkeit	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Witich Roßmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU

Frau dos Santos Herrmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie verweist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung und die zusätzliche Tischvorlage zu TOP 3.5. Sie schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 1.2, 4.1 und 8.1 zusammen zu behandeln.

Herr Frank schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.1, 3.2, 3.3 und 7.1 zusammen zu behandeln.

Der Ausschuss ist damit und mit folgender Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

- 1.1 Tourismusentwicklung in Köln - Ergebnisse 2014 und Ausblick 2015 - Herr Josef Sommer, Geschäftsführer der KölnTourismus GmbH
- 1.2 Frischezentrum Marsdorf - betriebswirtschaftliche Machbarkeitsstudie - Frau Melanie Kunzmann von der ÖPP Deutschland AG

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 3.1 "Vergabep Praxis der Stadt Köln" - Absehen von der Beschränkten Ausschreibung
Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.10.2014
3161/2014
- 3.2 Vergabep Praxis: Beschränkte Ausschreibung
Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.10.2014
3300/2014
- 3.3 "Vergabep Praxis der Stadt Köln" - Absehen von der Beschränkten Ausschreibung
Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.11.2014 und Beantwortung der Nachfragen aus den vergangenen Sitzungen (zusammenfassende Stellungnahme der Verwaltung)
0468/2015
- 3.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage des Herrn Dr. Strahl aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 05.03.2015 betreffend TOP 7.1 Broschüre "Das Kooperative Baulandmodell Köln – Leitfaden für Projektentwickler und Investoren" (Mitteilung 3991/2015)
0938/2015
- 3.5 Mündliche Anfragen aus der 4. Sitzung vom 15.01.2015, TOP 16
0692/2015

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

- 4.1 Wirtschaftliche Entwicklung des Großmarkts am Bonntor
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 21.04.2015
AN/0663/2015

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

6.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Erweiterung TÜV" in Köln-Poll
0104/2015

6.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: P22a Brügelmannstraße in Köln-Deutz
0415/2015

6.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim
0636/2015

6.4 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 69429/09
Arbeitstitel: Poller Kirchweg in Köln-Poll
3897/2014

7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten

7.1 Vergabep Praxis der Stadt Köln im Hinblick auf die Wiedereinführung der Beschränkten Ausschreibung
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 05.02.2015 (Top 3.1.1)
1172/2015

8 Marktwesen

8.1 Frischezentrum Köln-Marsdorf - betriebswirtschaftliche Machbarkeitsstudie
2174/2014

9 "koeln.de"

10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln

11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation

11.1 Arbeitsmarkt Köln - Rückblick 2014 und erstes Quartal 2015
1063/2015

12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung

- 12.1 "Win-Win für Köln" - Bekanntgabe des künftigen Betreibers des Parkcafé und Beginn der Sanierungsmaßnahme
1084/2015
- 12.2 Fachkräftesicherung - „umsteigen- Fahrplan für Studierende, die sich neu orientieren möchten“
1107/2015

13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)

14 Mitteilungen

- 14.1 Vorbereitung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahre 2016
0869/2015
- 14.2 MÜLHEIM 2020: Präsentation der Evaluationsergebnisse
1061/2015
- 14.3 Siebte Sitzung des Logistikforums Köln
0988/2015
- 14.4 "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung

Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode
1065/2015

15 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 15.1 Abordnung eines städtischen Mitarbeiters/ einer städtischen Mitarbeiterin auf die Stelle "Projektmanager/ Projektmanagerin Regionale Sonderprojekte" beim Region Köln/ Bonn e.V.
0937/2015

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

1.1 Tourismusentwicklung in Köln - Ergebnisse 2014 und Ausblick 2015 - Herr Josef Sommer, Geschäftsführer der KölnTourismus GmbH

Herr Sommer (KölnTourismus GmbH) präsentiert die Gästezahlen 2014, die sich auch im Vergleich zu anderen Städten überdurchschnittlich gut entwickelt haben und den Erfolg der verschiedenen Marketingkampagnen aufzeigen. Die Folien seines Vortrages sind als **Anlage 1** beigefügt.

Frau dos Santos Herrmann dankt Herrn Sommer für seinen interessanten Vortrag.

Herr Frank fragt, ob eine Fortführung der Kampagnen aus dem vorhandenen Budget sichergestellt werden könne.

Herr Sommer weist darauf hin, dass die Fortführung der Kampagnen aus Gründen der Nachhaltigkeit sinnvoll sei, aber die Finanzierung nur durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel ermöglicht werden könne.

Herr Pöttgen verweist auf die neuen Destinationen, die durch Eurowings künftig vom Flughafen Köln/Bonn angefliegen werden, und fragt, ob KölnTourismus dies für neue Kampagnen nutzen werde.

Herr Sommer hält solche zusätzlichen Kampagnen für sinnvoll.

Herr Lindweiler fragt nach den Konsequenzen der Kulturförderabgabe.

Herr Sommer berichtet, die Kulturförderabgabe habe dem Tourismusstandort Köln nicht geschadet. Es ergebe sich ein Nutzen, wenn die Erträge in zusätzliche Maßnahmen der Tourismusförderung fließen.

1.2 Frischezentrum Marsdorf - betriebswirtschaftliche Machbarkeitsstudie - Frau Melanie Kunzmann von der ÖPP Deutschland AG

Frau Beigeordnete Berg betont, dass ein modernes Frischezentrum einen wichtigen Beitrag zur Lebens- und Versorgungsqualität der Bürger leiste – insbesondere weil Wochenmärkte und kleine Geschäfte in den Stadtteilen davon abhängig seien. Nach langer verwaltungsinterner Vorbereitung seien Bau und Betrieb des geplanten Frischezentrums in Marsdorf jetzt entscheidungsreif. Damit sei auch die Planungssicherheit für die Großmarkthändler verbunden. Nun gelte es, den ambitionierten Zeitplan bis zur Aufgabe des bisherigen Standortes Ende 2020 einzuhalten und so die neue Nutzung der Flächen gemäß dem Entwicklungskonzept Südliche Innenstadterweiterung (ESIE) zu ermöglichen.

Frau Kunzmann (ÖPP Deutschland AG) stellt die wesentlichen Ergebnisse der betriebswirtschaftlichen Machbarkeitsstudie zum geplanten Frischezentrum Marsdorf vor. Die Gutachter empfehlen das ÖPP-Inhabermodell (Modell B) als wirtschaftlichste Beschaffungsvariante, eine Brutto-Grundfläche von 44.600 qm und die Vereinbarung einer Einheitsmiete von 14,50 EUR pro qm. Es sei mit einem Investitionsvolumen von

67,4 Mio. EUR und einer durchschnittlichen jährlichen Deckungslücke von mindestens 1,7 Mio. EUR zu rechnen. Die Folien ihres Vortrages sind als **Anlage 2** beigelegt.

Frau dos Santos Herrmann dankt Frau Kunzmann für die interessanten Ausführungen.

Herr Braun fragt, wie hoch die Miete am aktuellen Standort sei.

Frau Kunzmann erläutert, dass die Miete für die Markthalle derzeit 13,24 EUR pro qm inkl. Heizkostenvorauszahlung betrage. Die Außenflächen werden für 7,26 EUR pro qm vermietet.

Herr Sterzl fragt, worin die Effizienzvorteile der ÖPP-Modelle in den Bereichen Reinigung, Sicherheits- und Überwachungsdienste sowie Ver- und Entsorgung bestehen.

Frau Kunzmann führt aus, dass sich Effizienzvorteile in erster Linie daraus ergeben, dass der Partner bereits in der Planung Kostenwirkungen für den Betrieb berücksichtigt, während bei herkömmlicher Vorgehensweise die Vergabe der Dienstleistungen erst nach Abschluss der Bauarbeiten erfolge. Der Partner habe darüber hinaus hohe wirtschaftliche Anreize, kostenoptimierte Lösungen zu entwickeln.

Frau Sommer möchte wissen, ob die empfohlene Mietfläche mit 25.700 qm auch die maximal mögliche sei.

Frau Kunzmann verneint dies. Das Grundstück sei für Erweiterungen oder die Ansiedlung affiner Dienstleister gut geeignet.

Herr Pöttgen fragt, ob die jüngste Prognose des Bevölkerungszuwachses Kölns über 2020 hinaus nicht auch eine Vergrößerung des Frischemarktes sinnvoll erscheinen lasse. Er fragt zudem nach den Gründen für die Reduzierung des Flächenanteils für die Sortimente Fisch und Fleisch gegenüber dem aktuellen Bestand.

Frau Kunzmann verweist auf die Entwicklungsspielräume beim Flächenansatz. Das Sortiment berücksichtige das Ziel einer Grundversorgung mit Frischewaren. Darüber hinaus sind Nachfragetrends und die Wettbewerbssituation berücksichtigt worden. Im Gegensatz zum aktuellen Bestand wird im Kernsegment des neuen Frischezentrums z.B. auf spezialisierte Betriebe wie die Deutsche See verzichtet.

Herr Frank fragt, warum das Konzessionsmodell am wenigsten geeignet sei, obwohl es doch in wirtschaftlicher Hinsicht eine maximale Flexibilität biete. Zudem fragt er nach dem wesentlichen Vorteil des ÖPP-Inhabermodells gegenüber der Eigenrealisierung.

Herr Jehle kritisiert die Annahme, dass eine Kostendeckung nicht möglich sei. Es gebe in Deutschland Frischemärkte, die kostendeckend arbeiten.

Frau Kunzmann erläutert, dass aufgrund der Vorgabe, die Versorgung Kölns sicherzustellen und keinen Einzelhandel zuzulassen, kein Privater bereit sei, das Vermietungsrisiko zu tragen. Die privatwirtschaftlich organisierten Frischemärkte in Deutschland beherbergen z.B. auch Cash & Carry Märkte oder haben Schwerpunkte im Zustellgroßhandel. Ein wesentlicher Vorteil des ÖPP-Inhabermodells liege in der Kosten- und Terminalsicherheit des Baus der aufgrund vertraglicher Regelungen erreicht wird.

Frau Sommer fragt, wie hoch der Erlös aus der Vermarktung der bisherigen Flächen im Rahmen des ESIE sein werde.

Frau Beigeordnete Berg sagt, dazu können zurzeit keine Angaben gemacht werden.

Herr Petri fragt, warum das Zentrale Vergabeamt nicht an der Bearbeitung der betriebswirtschaftlichen Machbarkeitsstudie beteiligt wurde und warum die vom Lärmgutachten empfohlene Überdachung des Parkraumes nicht in die Planung übernommen wurde.

Frau Beigeordnete Berg weist darauf hin, dass das Zentrale Vergabeamt im Zuge der Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens einbezogen werde. Eine Einbeziehung bei der inhaltlichen Begleitung einer Betriebswirtschaftlichen Machbarkeitsstudie nicht in die Zuständigkeit des Vergabeamts. Im Übrigen wurde aus Kostengründen auf die Überdachung des Parkraums verzichtet.

Herr Petri kritisiert die Annahme eines Lebenszyklus von nur 30 Jahren für das Frischezentrum.

Frau Kunzmann berichtet, der Lebenszyklus des Gebäudes sei länger als 30 Jahre. Jedoch stehe bei ÖPP-Projekten die Verbindung von Planungs- und Bau- sowie der Betriebsphase im Vordergrund (Lebenszyklusansatz). Bei entsprechenden Verträgen sei eine Laufzeit zwischen 15 und 35 Jahren üblich. Daher wurden für die Wirtschaftlichkeitsberechnungen 30 Jahre zugrunde gelegt.

Herr Pöttgen weist darauf hin, dass dem Gutachten folgend nur mit dem ÖPP-Modell das Ziel eines Umzuges im Jahre 2020 erreicht werden könne. Er fragt, wie die Regelungen zur Instandhaltung des Gebäudes ausgestaltet werden. Darüber hinaus fragt er, was bei Gesetzesänderungen z.B. im Brandschutz während der Laufzeit passiere.

Frau Kunzmann führt aus, dass eine werterhaltende Instandhaltung des Gebäudes vertraglich vereinbart werde. Das Risiko, das durch Änderungen der Gesetzeslage – zum Beispiel im Brandschutz – entsteht, müsse von der Stadt getragen werden. Eine Übertragung dieses Risikos auf einen privaten Partner würde zu sehr hohen Risikoaufschlägen führen.

Frau Klein weist darauf hin, dass nur 71% der befragten derzeitigen Händler in den geplanten Frischemarkt umziehen wollen und fragt, ob Erkenntnisse zu den Gründen der Ablehnung vorliegen.

Frau Kunzmann erläutert, dass einige Händler mit der Schließung des jetzigen Standortes aus Altersgründen auch die Geschäftsaufgabe planen.

Frau Klein fragt zudem, ob aufgrund der Aufgabe des alten Standortes im Jahr 2020 Entschädigungszahlungen erforderlich seien.

Herr Fritz (Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster) führt aus, dass die Pachtverträge bereits auf das Enddatum 2020 umgestellt wurden. Nur einige Erbpachtverträge müssen noch angepasst werden.

Frau Klein fragt, ob das Modell C unter dem Aspekt des Vermietungsrisikos aufgrund der Einbeziehung der Händler vorteilhafter wäre.

Frau Kunzmann erläutert, dass aufgrund der kleinteiligen Händlerstruktur aller Voraussicht nach ein erheblicher Koordinationsaufwand und Zeitverlust bei der Realisierung dieser Variante entstehen würde. Deshalb sei das Modell innerhalb der Studie nicht weiter vertieft worden.

Herr Lindweiler fragt, warum in der Zusammenfassung der Effizienzvorteile unter Bemerkungen das Stichwort „Tariffreiheit (eingeschränkt)“ aufgeführt werde. Er kritisiert die generelle Annahme, dass mit der Eigenrealisierung deutlich höhere Planungs-, Bau-, Instandsetzungs- und Betriebsrisiken verbunden seien.

Frau Kunzmann führt aus, dass der Partner im ÖPP-Inhabermodell vertraglich zur Tariftreue verpflichtet werde. Dies gelte auch für die von ihm beauftragten Unternehmen. Im Rahmen der Studie seien Risiken der Eigenrealisierung bewertet worden. In einem zweiten Schritt sei die Möglichkeit zur Übertragung von Risiken geprüft worden. Wesentliche Risiken aus Planung und Bau sowie in der Betriebsphase seien im ÖPP-Inhabermodell auf den privaten Partner übertragbar, der zum Beispiel im Bereich der Bauplanung durch Spezialisierung besser steuern könne als die städtische Gebäudewirtschaft.

Herr Schäfer fragt, ob der Wert des Gebäudes nach Ende der Laufzeit in die Berechnung des Barwertes eingeflossen sei.

Frau Kunzmann verneint dies. Zum einen sei die Stadt in den Modellen A bis C zu jedem Zeitpunkt der Betrachtung Eigentümerin von Grundstück und Gebäuden. Zum anderen sei eine projektbezogene Betrachtung aller Einzahlungen und Auszahlungen erfolgt (Cashflow-Modell).

Herr Schäfer fragt, welche Büroflächen vorgesehen seien und wie hoch die Büromiete angesetzt sei.

Frau Kunzmann sagt, es seien 2.100 qm Büroflächen geplant, von denen 1.600 qm für 7 EUR pro qm vermietet werden können. 500 qm sollen von der Marktverwaltung genutzt werden.

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Es liegen weder Beschlussvorlagen noch Mitteilungen vor.

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1 "Vergabep Praxis der Stadt Köln" - Absehen von der Beschränkten Ausschreibung

**Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD-Fraktion vom
20.10.2014
3161/2014**

Die Beantwortung wurde in den Sitzungen am 23.10.2014, 25.11.2014, 13.01.2015 und 05.03.2015 vertagt. Der Ausschuss hat die Beantwortung zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.2, 3.3 und 7.1 behandelt und zur Kenntnis genommen.

**3.2 Vergabep Praxis: Beschränkte Ausschreibung
Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die
Grünen vom 29.10.2014
3300/2014**

Die Beantwortung wurde in den Sitzungen am 25.11.2014, 13.01.2015 und 05.03.2015 vertagt. Der Ausschuss hat die Beantwortung zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1, 3.3 und 7.1 behandelt und zur Kenntnis genommen.

**3.3 "Vergabep Praxis der Stadt Köln" - Absehen von der Beschränkten Aus-
schreibung
Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.11.2014 und Be-
antwortung der Nachfragen aus den vergangenen Sitzungen (zusam-
menfassende Stellungnahme der Verwaltung)
0468/2015**

Der Ausschuss hat die am 05.03.2015 als Tischvorlage bereitgestellte und vertagte Beantwortung zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1, 3.2 und 7.1 behandelt und zur Kenntnis genommen.

**3.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage des Herrn Dr. Strahl aus der Sit-
zung des Wirtschaftsausschusses vom 05.03.2015 betreffend TOP 7.1
Broschüre "Das Kooperative Baulandmodell Köln – Leitfaden für Pro-
jektentwickler und Investoren" (Mitteilung 3991/2015)
0938/2015**

Der Ausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung zur Kenntnis.

**3.5 Mündliche Anfragen aus der 4. Sitzung vom 15.01.2015, TOP 16
0692/2015**

Dem Ausschuss liegt die Beantwortung als Tischvorlage vor.

Herr Frank bittet, die Antwort auch dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis zu geben.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

**4.1 Wirtschaftliche Entwicklung des Großmarkts am Bonntor
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die
Grünen vom 21.04.2015
AN/0663/2015**

Die gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wurde als Tischvorlage verteilt und zusammen mit den Tagesordnungspunkten 1.2 und 8.1 behandelt.

Herr Frank bittet die Verwaltung um möglichst kurzfristige Beantwortung, weil die Antworten hinsichtlich der Entscheidung über die Vorlage zum Frischezentrum von Relevanz seien.

Herr Fritz (Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster) sagt die Beantwortung zu.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

Es wurden keine Anträge gestellt.

6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

6.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: "Erweiterung TÜV" in Köln-Poll 0104/2015

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Beschlussvorlage der Verwaltung vor.

Herr Frank fragt, ob es sich bei dieser Vorlage um einen Vorratsbeschluss handle.

Herr Hülsebusch (Stadtplanungsamt) bestätigt, dass der Beschluss eine langfristige Planungssicherheit für den TÜV an diesem Standort schaffe.

Frau dos Santos Herrmann stellt die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne Einschränkung zu.

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen der Konstantin-Wille-Straße, der westlichen Grenze der TÜV-Parkplätze, des sogenannten kleinen Messeparkplatzes und der Straße Am Grauen Stein in Köln-Poll —Arbeitstitel: "Erweiterung TÜV" in Köln-Poll— aufzustellen mit dem Ziel, bauliche Erweiterungsmöglichkeiten für den TÜV festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: "Erweiterung TÜV" in Köln-Poll— zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1 (Aushang);
4. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Ausschuss für Umwelt und Grün, der Wirtschaftsausschuss sowie die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: P22a Brügelmannstraße in Köln-Deutz
0415/2015

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Beschlussvorlage der Verwaltung vor.

Frau dos Santos Herrmann stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne Einschränkung zu.

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Brügelmannstraße, östliche Grenze der Flurstücke 988, 949 (Brügelmannstraße 7), 950, 945 und 989 (alle Gemarkung Deutz, Flur 33), Pfälzischer Ring, nordöstliche Auffahrt zur B 55a, nordöstliche Grenze der Flurstücke 1011 und 660, südliche Grenze der Flurstücke 660 und 681 sowie östliche Grenze der Flurstücke 619 und 620 (alle Gemarkung Deutz, Flur 33) in Köln-Deutz —Arbeitstitel: P22a Brügelmannstraße in Köln-Deutz— aufzustellen mit dem Ziel, unter anderem ein Sondergebiet Messe mit der Zweckbestimmung "Parkhaus und Logistikfläche" mit den dazu erforderlichen Erschließungsflächen, das Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Grundstücksflächen und die örtlichen Verkehrsflächen festzusetzen;
2. beauftragt die Verwaltung, das städtebauliche Planungskonzept für den vorgenannten Bereich unter Berücksichtigung der Anlage 2 und 3 auszuarbeiten;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1 (Auslegung des Planungskonzeptes im Bürgeramt Innenstadt);
4. beauftragt die Verwaltung, das Ergebnis der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung des ausgearbeiteten Bebauungsplan-Entwurfes darzustellen und zu bewerten.
5. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Wirtschaftsausschuss und die Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim
0636/2015

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Beschlussvorlage der Verwaltung vor.

Herr Frank hält die Argumente der Kritiker dieser Planung für nachvollziehbar, weil bisher eine wesentlich kleinteiligere Bebauung des Grundstückes geplant wurde. Er weist darauf hin, dass der Beschluss bei einer anderen Entscheidung des Investors hinfällig werde.

Herr Lindweiler kündigt an, seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen. Darin liege jedoch keine Ablehnung des Investors. Seine Fraktion bevorzuge den alternativen Standort für diese Ansiedlung.

Frau dos Santos Herrmann stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne Einschränkung zu.

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet der Flurstücke 2369, 2544, 2553, 2554, 2555 und 2556, Gemarkung Mülheim, Flur 3, in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim— einzuleiten mit dem Ziel, die Entwicklung eines Büro-Quartiers mit Hotelnutzung auf den überwiegend brachliegenden Flächen zu ermöglichen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 (Bürgerversammlung als Abendveranstaltung);
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Wirtschaftsausschuss sowie die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die Linke zugestimmt

**6.4 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 69429/09
Arbeitstitel: Poller Kirchweg in Köln-Poll
3897/2014**

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Beschlussvorlage der Verwaltung vor.

Frau dos Santos Herrmann stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne Einschränkung zu.

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, das Verfahren zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 69429/09 für das Gebiet zwischen Hafenbahn, DB-Bahnanlagen und Poller Kirchweg einschließlich der Grundstücke Poller Kirchweg 101 und 103 bis 111 sowie Krückelstraße 21 bis 29 in Köln-Poll — Arbeitstitel: Poller Kirchweg in Köln-Poll— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten;

2. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Porz und der Wirtschaftsausschuss ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten

**7.1 Vergabep Praxis der Stadt Köln im Hinblick auf die Wiedereinführung der Beschränkten Ausschreibung
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 05.02.2015 (Top 3.1.1)
1172/2015**

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage vor. Der Ausschuss hat die Mitteilung zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1, 3.2 und 3.3 behandelt.

Herr van Geffen dankt der Verwaltung für die Informationen. Es sei gut, dass nun der Dialog mit der Handwerkerschaft wieder aufgenommen wurde.

8 Marktwesen

**8.1 Frischezentrum Köln-Marsdorf - betriebswirtschaftliche Machbarkeitsstudie
2174/2014**

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage als Sammelumdruck vor. Die Beratung erfolgte zusammen mit den TOPs 1.2 und 4.1.

Herr Frank schlägt vor, dem Vorgehen des Liegenschaftsausschusses folgend, die Vorlage ohne Votum in die weitere Beratung zu geben und die Wiedervorlage bei der nächsten Sitzung vorzusehen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss gibt die Vorlage ohne Votum in die weitere Beratungsfolge. Zur Entscheidung wünscht der Ausschuss die Wiedervorlage in der nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9 "koeln.de"

Es liegen weder Beschlussvorlagen noch Mitteilungen vor.

10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln

Es liegen weder Beschlussvorlagen noch Mitteilungen vor.

11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation

11.1 Arbeitsmarkt Köln - Rückblick 2014 und erstes Quartal 2015 1063/2015

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung vor.

Frau Sommer wünscht zusätzliche Informationen zur Langzeitarbeitslosigkeit in Köln.

Herr Neumann (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung

12.1 "Win-Win für Köln" - Bekanntgabe des künftigen Betreibers des Parkcafé und Beginn der Sanierungsmaßnahme 1084/2015

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage verteilte Mitteilung zur Kenntnis.

12.2 Fachkräftesicherung - „umsteigen- Fahrplan für Studierende, die sich neu orientieren möchten“ 1107/2015

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage verteilte Mitteilung zur Kenntnis. Der Flyer wurde ebenfalls als Tischvorlage verteilt.

13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)

Es liegen weder Beschlussvorlagen noch Mitteilungen vor.

14 Mitteilungen

14.1 Vorbereitung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahre 2016 0869/2015

Der Ausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

14.2 MÜLHEIM 2020: Präsentation der Evaluationsergebnisse 1061/2015

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

14.3 Siebte Sitzung des Logistikforums Köln 0988/2015

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Sammelumdruck vor.

Frau dos Santos Herrmann fragt, wann mit der Vorlage des Logistikkonzeptes gerechnet werden könne.

Frau Kröger (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) teilt mit, dass mit Abschluss der analytischen Vorarbeiten nach der Sommerpause die Arbeiten am Logistikkonzept beginnen werden. Dieses werde im Laufe des Jahres 2016 gemeinsam mit dem Logistikforum entwickelt.

14.4 "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung

**Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode
1065/2015**

Der Ausschuss nimmt den als Tischvorlage verteilten Sammelumdruck zur Kenntnis.

15 Allgemeine Beschlussvorlagen

15.1 Abordnung eines städtischen Mitarbeiters/ einer städtischen Mitarbeiterin auf die Stelle "Projektmanager/ Projektmanagerin Regionale Sonderprojekte" beim Region Köln/ Bonn e.V. 0937/2015

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Frau Klein fragt, warum die geplante Abordnung für fünf Jahre erfolge.

Frau Herzberg (Amt des Oberbürgermeisters) erläutert, dass sich die Abordnungsdauer an der aktuellen Förderphase des EFRE bis 2020 orientiere.

Frau dos Santos Herrmann stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Abordnung eines städtischen Mitarbeiters/ einer städtischen Mitarbeiterin auf die Stelle „Projektmanager/in Regionale Sonderprojekte (A 11 BBO)“ beim Verein Region Köln/Bonn e.V. Die weitere Abordnung soll bis Ende 2020 erfol-

gen. Die Personalkosten werden wie bisher aus städtischen Mitteln übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

16 Mündliche Anfragen

Herr Braun fragt, wann mit der Beantwortung der mündlichen Anfragen seiner Fraktion zum Thema Internet- und Medienstandort Köln gerechnet werden könne.

Herr Berger (Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft) berichtet, dass die Frage der Leistungsfähigkeit der Kölner Hot-Spots zurzeit in Zusammenarbeit mit Netcologne ermittelt werde. Für die Veranstaltungen sei eine neue Mitteilung in Vorbereitung.

Herr Lindweiler fragt nach dem Sachstand zum Bebauungsplan Wiersbergstraße. Insbesondere sei wichtig, ob der Weiterbestand der Firma MBE Cologne Engineering an diesem Standort gesichert sei.

Herr Merfeld (Amt für Wirtschaftsförderung) sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Ende des öffentlichen Teils: 19.25 Uhr

Gez. dos Santos Herrmann

Gez. Müller

Ausschussvorsitzende

Schriftführer